

# Bush gibt sich siegessicher

Sondersitzung des Parlaments von Florida angesetzt

TALLAHASSEE: Den Parteien und Gerichten der USA bleiben noch zwei Wochen Zeit, den Streit um den Ausgang der Präsidentschaftswahl vom 7. November beizulegen. Am Wochenende zeichnete sich kein Ende des juristischen Gezänks um die Wertung umstrittener Wählerstimmen in Florida ab.

Der republikanische Kandidat George W. Bush erklärte aber siegesgewiss: «Ich werde bald der Präsident sein.» Sein Vizepräsidentenkandidat Dick Cheney forderte den Demokraten Al Gore auf, seine Niederlage einzugestehen. Die Demokraten hielten dem Druck der Republikaner aber stand und erklärten, sie unterstützten Gores Anrufung der Gerichte.

## Gore auf dem Vormarsch

Der ehemalige New Yorker Gouverneur Mario Cuomo sagte, Gore werde jeden Tag stärker. Die USA seien auf dem Grundsatz aufgebaut, «dass die Justiz das letzte Wort hat». In Tallahassee wurde die Anhörung über die den Demokraten verlangte Neuauszählung der Stimmen in den Bezirken Palm Beach und Miami-Dade unterdessen fortgesetzt.

Nach dem bisherigen Stand der Auszählung hat Bush in Florida einen knappen Vorsprung vor dem Demokraten Al Gore und erhält damit alle 25 Wahlmännerstimmen dieses Staates. Diese entscheiden auch über die Mehrheit in der Ver-



Senator Trent Lott, Pressesprecher Dennis Hastert, Gouverneur und Präsidentschaftskandidat George W. Bush und der Vizepräsidentenkandidat Dick Cheney (von links) bei einem Treffen auf der Ranch von George W. Bush in Crawford, Texas. (Bild: Keystone)

sammlung aller Wahlmänner der USA.

In Washington ist jedoch noch ein Urteil des von den Republikanern angerufenen Obersten Gerichts der USA anhängig, ob die manuellen Stimm- auszählungen in das bisherige offizielle Ergebnis einfließen sollen. Wann die neun Richter nach einer ersten zweistündigen Anhörung am Freitag einen Spruch fällen werden, ist ge-

genwärtig noch nicht bekannt.

Unterdessen bereitete die republikanische Mehrheit im Parlament von Florida für Mittwoch eine Sondersitzung vor, in der die 25 Wahlmänner berufen werden sollen. Dies steht der Verfassung zufolge dem Kongress des US-Staates zu.

## Wahlmänner aus Florida entscheiden

Am 18. Dezember sollen sie

mit den Wahlmännern der anderen Staaten den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten bestimmen. Die Wahlmännerstimmen aus dem erbittert umkämpften Florida entscheiden darüber, wer neuer US-Präsident wird.

Nach langem Schweigen erklärte der scheidende Präsident Bill Clinton dem Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel», er betrachte seinen

Stellvertreter Gore als klaren Wahlsieger. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew zeigten sich jedoch 66 Prozent der Amerikaner überzeugt, dass letztlich Bush ins Weisse Haus einziehen werde. Der Anteil der Amerikaner, die sich dafür aussprachen, dass Gore seine Niederlage eingestehen soll, stieg innerhalb einer Woche von 36 auf 45 Prozent.

## SPÖ auf dem Vormarsch

WIEN: Die österreichische Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ hat gestern die vorgezogenen Landtagswahlen im Burgenland verloren. Einen überraschenden Erfolg gab es für die SPÖ: Dem vorläufigen Endergebnis zufolge legten die Sozialdemokraten mehr als zwei Prozentpunkte auf 46,6 Prozent zu und haben damit alle Chancen, erneut den Landeshauptmann (Ministerpräsidenten) zu stellen, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtete. Die Grünen haben erstmals den Einzugs in den burgenländischen Landtag geschafft. Dem vorläufigen Endergebnis zufolge gewinnt die SPÖ 2,1 Prozentpunkte auf 46,6 Prozent, die ÖVP verliert 0,7 Prozentpunkte auf 35,3 Prozent, die FPÖ büsst 1,9 Prozentpunkte ein und erreicht 12,6 Prozent und die Grünen schaffen mit einem Plus von knapp drei Prozentpunkten den Sprung über die Fünf-Prozent-Marke mit 5,5 Prozent. Die SPÖ kann demnach ihre 17 Mandate halten, die ÖVP hat nur noch 13 (minus 1), die FPÖ vier (minus 1) und die Grünen zwei Sitze (plus 2).

Die Wahlbeteiligung lag bei über 82 Prozent. Schon nach Erscheinen der ersten Hochrechnungen herrschte bei den Sozialdemokraten Jubel. SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer sprach von einem «guten Tag für die Sozialdemokratie».

# Israel mit Untersuchung einverstanden

USA mit Intervention erfolgreich: Senator George Mitchell wird Kommission leiten

JERUSALEM: Auf Drängen der USA hat sich Israel gestern mit einer internationalen Untersuchung der Ursachen des Palästinenser-Aufstands und seines Verlaufs einverstanden erklärt.

Die Kommission wird vom ehemaligen US-Senator George Mitchell geleitet, der bereits im Nordirland-Konflikt vermittelt hatte. Die Regierung werde Minister und Juristen zur Verfügung stellen, um mit Mitchell und seinen Leuten zusammenzuarbeiten, sagte der Büroleiter des israelischen Regierungschefs Ehud Barak, Gilad Scher, im Radio.

Nach israelischen Angaben wird die Kommission in rund zwei Wochen nach Israel kommen, nach palästinensischen Angaben in einer Woche.

US-Präsident Bill Clinton hatte Barak am Freitag in einem 45-minütigen Telefonat zur Kooperation gedrängt. Israel machte bislang zur Bedingung, dass in den besetzten Gebieten erst Ruhe und Ordnung herrschen müsse, bevor eine Untersuchung stattfinden könne. Die Kommission war im Oktober beim Nahost-Gipfel im ägyptischen Scharm el Scheich beschlossen worden.

## Clinton bereit

Der israelische Justizminister Jossi Beilin sagte am Sonntag, Clinton habe ihm bei einem Treffen in Washington persön-



Die Proteste in Israel gehen weiter. Demonstranten haben sich als Ehud Barak und Jassir Arafat verkleidet und halten ein Skelett in die Höhe. (Bild: Keystone)

lich versichert, der Nahost-Konflikt habe für ihn «höchste Priorität». Clinton stehe den Konfliktparteien bis zum Ende seiner Amtszeit am 20. Januar «voll zur Verfügung».

Beilin sagte im Radio: «Ich glaube, dass es möglich ist, bis zum 20. Januar ein Abkommen zu erzielen.» Die Positionen bei-

den Seiten seien bekannt, und ein endgültiger Vertrag oder ein Teilabkommen möglich.

## Arafat und Barak skeptischer

Palästinenserpräsident Jassir Arafat sagte am Sonntag in den Vereinigten Arabischen Emiraten, er habe das Vertrauen in

Barak verloren. Barak selbst schätzt nach Informationen der israelischen Tageszeitung «Haaretz» die Chancen für einen raschen Friedensschluss auf nur zehn Prozent ein. Barak relativierte zudem die Bedeutung der USA in dem Prozess. Direkte Kontakte mit den Palästinensern ohne die Vermittlung Dritter seien manchmal von Vorteil.

Israelische Medien berichteten von direkten Geheimverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern über ein dauerhaftes Friedensabkommen. Vertreter beider Seiten dementierten diese Berichte jedoch.

## Erneut Tote

Bei erneuten Gewalttätigkeiten starb am Sonntag im Westjordanland gemäss Spitalkreisen ein 48-jähriger Palästinenser nach einem Angriff israelischer Soldaten. Die Soldaten hätten den Mann in Hebron mit ihren Gewehrkolben und Fäusten geschlagen, hiess es.

In Ramallah wurde ein palästinensischer Elektriker beerdigt, der am Samstag nach Armeeangeboten versehentlich von einem Soldaten erschossen worden war. Noch im Grab trug der Mann seine gelben Arbeitsstiefel und einen Bohrer, den der Schütze für eine Waffe gehalten hatte. Ein weiterer Palästinenser war am Samstag bei einem Schusswechsel an der Grenze des Gazastreifens umgekommen. Ein anderer wurde südlich von Ramallah schwer verletzt.

## NACHRICHTEN

### Ringeln um EU-Reformen

BRÜSSEL: Zu einem weiteren Versuch, in der Reform der Europäischen Union doch noch voranzukommen, sind am Sonntag die EU-Aussenminister in Brüssel zusammengetreten. Bei diesem so genannten Konklave geht es um die Vorbereitung des Spitzentreffens der EU-Staats- und Regierungschefs, die die EU-Reform von Donnerstag bis Samstag nächster Woche in Nizza diskutieren wollen.

### Sjuganow als KP-Chef bestätigt

MOSKAU: Der russische KP-Chef Gennadi Sjuganow ist trotz innerparteilicher Kritik auf einem Parteitag der Kommunisten in seinem Amt bestätigt worden. In seinem Schlusswort sagte er, die Partei sei auf dem richtigen Weg. Zuvor hatte das Mitglied des Zentralkomitees Viktor Iljuchin die Führung scharf kritisiert und vor allem der Duma-Fraktion «unzulässige Sympathie mit der Regierung und der präsidentiellen Macht» vorgehalten. Dies sei «eine reale Gefahr für die kommunistische Partei».

### Pinochet ruft erneut Gericht an



SANTIAGO DE CHILE: Die Anwälte von Ex-Diktator Pinochet haben in Chile Einspruch gegen eine Anklageerhebung und einen Hausarrest erhoben. Damit wollen sie verhindern, dass der Haftbefehl vom Freitag rechtskräftig wird. Eine Entscheidung des Appellationsgerichts wird allerdings nach jüngsten Angaben erst für Mittwoch erwartet. Unterdessen wies die Regierung des Sozialisten Ricardo Lagos in Santiago die Forderung der Militärführung zurück, angesichts der «instabilen Lage» im Land den Nationalen Sicherheitsrat einzuberufen. Ohne noch ausstehende Gutachten zum Gesundheitszustand von Augusto Pinochet abzuwarten, hatte Untersuchungsrichter Juan Guzman Tapia am Freitag überraschend Anklage gegen den früheren Militärdiktator und sechs weitere Ex-Offiziere erhoben.

### Wiederssehen in Korea

SEOUL: Nach der zweiten Familienzusammenführung seit dem historischen Korea-Gipfel im Juni haben in Seoul 100 Nordkoreaner unter Tränen Abschied von ihren Angehörigen aus dem Süden genommen.